

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 17

Stolp, Donnerstag, den 21. Januar 1926.

50. Jahrgang

## Das zweite Kabinett Luther.

### Programmerklärung am Dienstag.

Im Veltstenausschuß des Reichstags wurde vereinbart, daß die Programmerkklärung der neuen Reichsregierung erst auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung gesetzt werden soll. In der Zwischenzeit soll die dritte Lesung des Reichshaushalts in abgekürzter Form zum Abschluß gebracht werden.

Der Reichspräsident bestätigte am Mittwoch morgen die Ministerliste des zweiten Kabinetts Luther und vollzog die Ernennungsakten. Am heutigen Donnerstag soll der erste Kabinettsrat stattfinden, dem voraussichtlich jedoch nicht alle Minister beizutreten können. Der neue Reichsfinanzminister wird erst nach am Donnerstag im sächsischen Landtag bei Einbringung des Haushaltsplanes die Staatsrede halten und dann sofort nach Berlin reisen.

Das Kabinett und die Oppositionsparteien. Im Reichstag haben die Fraktionen, die nicht zur Koalition der Mitte gehören, zu dem neuen Kabinett noch keine Stellung genommen. Es hat aber bereits ein Meinungsaustrausch stattgefunden, aus dem hervorzugehen scheint, daß die Deutschnationalen wie auch die Sozialdemokraten nicht von vornherein dem neuen Kabinett grundsätzliche Opposition machen werden. Diese Parteien werden erst die Programmerkklärung des Reichskanzlers Dr. Luther am nächsten Dienstag abwarten und dann ihre Stellung festlegen. Am Dienstag soll nur die Erklärung Luthers angenommen werden. Darauf wird sich der Reichstag vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit der Regierungserklärung zu beschäftigen. Die Kommunisten und die Völkischen stehen natürlich dem Kabinett Luther ablehnend gegenüber. Auch bei den Deutschnationalen ist eine starke Strömung vorhanden, die auf scharfe Opposition hinarbeitet.

Minister Kütz vorläufig nur als Oberbürgermeister beurteilt. Der Dresdener Stadtrat erklärt, daß nach der Ernennung des Dresdener Oberbürgermeisters Dr. Kütz zum Reichsminister des Innern zunächst lediglich beabsichtigt ist, ihr von seinen Ratsgeschäften zu beurlauben.

Sindenburgs Dank an Graf Kanitz. Berlin, 21. Januar. Der Reichspräsident hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Grafen Kanitz, anlässlich seines Ausscheidens aus der Reichsregierung ein Dankschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „In schwerer Notzeit, als die Ernährung unseres Volkes aufs höchste bedroht war, haben Sie das verantwortliche Amt des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft übernommen und seither in selbstloser Pflichterfüllung über 1 1/2 Jahre lang geführt; Sie können heute mit dem Bewußtsein aus Ihrem Amte scheiden, daß Ihr Wirken sowohl für die Landwirtschaft als auch für das ganze deutsche Volk von Nutzen und Vorteil gewesen ist.“

Die Ministerliste. Berlin, 20. Januar. Ämtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat Reichskanzler Dr. Luther in seinem Amt neu bestätigt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt: Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann, M. d. R., Reichsminister der Finanzen: Dr. Heinhold, Sächsischer Finanzminister, Reichswirtschaftsminister: Dr. Curtius, M. d. R., Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns, M. d. R., Reichsminister der Justiz, zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt: Dr. März, M. d. R., Reichswehrminister: Dr. Götler, Reichspostminister: Stinagl, Reichsverkehrsminister: Krohne.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist vorläufig Reichskanzler Dr. Luther beauftragt worden.

### Keine Besatzungsminderung.

Briand lehnt ab.

Der deutsche Botschafter v. Goesch, der schon vor einigen Tagen auf dem Pariser auswärtigen Amt wegen der geplanten Stärke der Rheinlandbesetzung vorstellig geworden war, mit dem Ministerpräsidenten aber nicht persönlich verhandeln konnte, hatte am Dienstag in derselben Sache eine Unterredung mit Briand.

Nach einer Radiomeldung war der Erfolg dieses neuen Schrittes durchaus negativ. Der französische Ministerpräsident hob den deutschen Botschafter darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Meinung des Kölner Gebietes im Verlaufe der Umgruppierung der alliierten Streitkräfte die Besatzungstruppen um 20 000 Mann verringert werden seien. Es scheint Frankreich nicht möglich, weiter Zugeständnisse zu machen, da es die Verbindung der Besatzungscontingente mit

der übrigen Armee nicht gefährden wolle. Im übrigen sei die ganze Frage eine interalliierte Angelegenheit und gehöre vor das Forum der Botschafterkonferenz.

### Scharfe deutsche Stellungnahme.

Paris, 20. Januar. Der Londoner Havasvertreter meldet in einem Telegramm, die französische, belgische und englische Regierung hätten sich endgültig über die Verteilung von 75 000 Mann in der zweiten und dritten Besatzungszone geeinigt. Zum Schluß der Meldung wird aber gesagt, daß man wahrscheinlich erst die Rückkehr Chamberlains abwarten werde, um diese Frage während der Durchreise Chamberlains, also frühestens Anfangs Februar, zu besprechen.

Die Alliierten hätten sich wegen der Zahl der Besatzungstruppen durch keinen Vertrag gebunden.

Im übrigen habe Deutschland im Frieden in der zweiten und dritten Zone 65 000 Mann unterhalten. Wenn man sich also genau an die deutsche These halten wolle, könne nur eine Herabsetzung um 10 000 Mann in Frage kommen. Schließlich deutete der Havasberichterstatte noch an, die Alliierten seien unzufrieden, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen namentlich in der Frage der Polizeitruppe nicht in wünschenswertem Maße nachgekommen sei. Hierzu erfährt die Delunion von unterrichteter Seite folgendes:

Die Behauptung, daß die Besatzungsmächte sich endgültig über die 75 000 Mann geeinigt hätten, trifft nicht zu, zumal der Havasvertreter selbst erklärt, daß die Frage erst nach auf der Durchreise Chamberlains zwischen dem englischen Außenminister und Briand besprochen werde. Ein Beschluß der Botschafterkonferenz liegt bis jetzt noch nicht vor und es ist noch nicht einmal sicher, ob überhaupt die Nachricht über die Entschließung des Unterausschusses zutrifft. Auch die Verhandlungen, die durch die Vorstellungen eingeleitet sind, die die deutschen Vertreter in den drei Hauptstädten

in der schärfsten Form erhoben haben, sind noch nicht abgeschlossen. Bisher ist die Zusage gegeben worden, daß am 1. April eine Herabsetzung um 5 000 Mann eintritt, und daß auch das Kontingent der verbeiratenen Unteroffiziere von 2/3 auf 1/3 herabgesetzt wird. Die deutsche Regierung gibt sich aber mit dieser Zusage nicht zufrieden. Wenn Havas behauptet, Deutschland habe in der zweiten und dritten Zone im Frieden selbst 65 000 Mann unterhalten, so wird im Gegensatz zum Versailler Vertrag das Saargebiet mit eingerechnet, ein Versuch, den sich die Reichsregierung nicht gefallen lassen wird. Zu der Behauptung der Havas, daß die Alliierten sich nicht vertraglich zur Herabsetzung der Besatzung verpflichtet hätten, ist darauf hinzuweisen, daß in der von Herrn Briand unterzeichneten Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925 ausdrücklich versprochen worden ist, daß

„die Stärke der Besatzungstruppen erheblich herabgesetzt werden soll“.

Auf diesen in feierlicher Form gegebenen Versprechungen suchen die von der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen. Es wird damit gerechnet, daß sie in den nächsten Tagen noch stärker in Fluß kommen, da der französische und englische Botschafter wieder in Berlin eingetroffen sind. Lord d'Abernon allerdings ist im Augenblick noch durch eine leichte Erkrankung behindert. Daß diese Fragen im auswärtigen Amt augenblicklich besonders eindringlich behandelt werden, geht daraus hervor, daß der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Baron Langwert von Simmern, heute und morgen zu Besprechungen in Berlin weilt. Die Besatzungsfrage wird auch in der Regierungserklärung, die der Kanzler am Dienstag im Reichstage vortragen wird, eine erhebliche Rolle spielen, um die Alliierten darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland auf die Einhaltung der Versprechungen den größten Nachdruck legt.

### Der Stand der Fürstenabfindung.

Aus den Verhandlungen des Rechtsausschusses. Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung weiter mit der Frage der Fürstenabfindung. Der württembergische Gesandte wies darauf hin, daß der am 29. November 1918 abgeschlossene Abfindungsvertrag am 23. Juni 1919 vom Württembergischen Landtag bestätigt worden sei. Während mit dem König eine Vereinbarung erzielt worden sei, habe das frühere Fürstenhaus weitere Ansprüche gestellt. Nach dem Abfindungsvertrage habe der König für seine Person auf die Abfindung verzichtet, jedoch fühle sich das Fürstenhaus daran nicht gebunden.

Für Hessen-Darmstadt ist, wie der hessische Minister Gentig erklärte, schon 1919 ein Abfindungsvertrag abgeschlossen worden, wobei aber die eigentliche Kapitalabfindung noch in der Schwebe geblieben ist. Der frühere Großherzog erhalte, so erklärte der Minister, eine Rente, die in der Inflationszeit eine gewisse Aufwertung erfahren habe. Die Verhandlungen über die Ausführung der Kapitalabfindung seien jetzt dadurch unterbrochen worden, weil das Großherzogliche Haus nunmehr den ganzen Abfindungsvertrag als ungültig angefochten habe. Dieser Rechtsstreit schwebt noch.

Für Mecklenburg-Schwerin gab der Ministerpräsident von Brandenstein die Erklärung ab, daß zwischen dem Lande Mecklenburg-Schwerin und dem ehemaligen Großherzog unter dem 17. Dezember 1919 ein Vertrag abgeschlossen worden sei. Die Zuständigkeit des Reichsgesetzgebers sei in diesen Fragen für Mecklenburg nicht gegeben.

Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des Vertreters des Großherzogs von Mecklenburg, in dem erklärt wird, daß die Aufwertung auf 60 Prozent kein Ausnahmerecht bedeute, da damals die beschränkenden Bestimmungen der dritten Steuererhverordnung noch nicht bestanden hätten.

Der Vertreter Oldenburgs erklärte, daß Aufwertungsansprüche vom Großherzog gegen den Staat nicht geltend gemacht worden seien. Ein Streit sei nur um die Sammlungen entstanden, der aber dadurch beigelegt worden sei, daß der Großherzog auf jede Kapitalabfindung und Rente verzichtet habe.

Der Vertreter für Schaumburg-Lippe teilte mit, daß das Privatvermögen in keiner Weise angegriffen worden sei. Die Aufwertungsansprüche bezögen sich auf die Zuschüsse des Landes zur Hofkammerverwaltung und zum Pensionsfonds der Hofbeamten. Darüber sei ein Vergleich abgeschlossen worden, der aber noch der Zustimmung des Landtages bedürfe. Der Vorsitzende verlas weiter ein Schreiben des Generalbevollmächtigten des früheren Fürsten von Schaumburg-Lippe, wonach dieser bestritt, einer der reichsten Leute Deutschlands zu sein.

Am Donnerstag sollen im Ausschuß noch nähere Mitteilungen über Bayern und Lippe-Deilmold entgegengenommen werden. Es soll auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages auch festgestellt werden, in welcher Höhe Mitglieder der früher regierenden Fürstenhäuser Offizierspensionen beziehen.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Volksentscheid. Der sozialdemokratische Parteiausschuß beschäftigte sich mit der Frage der Fürstenabfindung und beschloß, daß der Parteivorstand einen Gesetzentwurf zur Herbeiführung eines Volksentscheides vorbereiten soll, da der Gesetzentwurf der Kommunisten insofern unzureichend sei, als er nicht nähere Bestimmungen über die Art der enteigneten Vermögen treffe. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird ersucht, sofort als vermittelnde Instanz einzugreifen, um zu erreichen, daß nur ein Gesetzentwurf zum Volksbegehren und Volksentscheid eingebracht wird. Die Aktion für Volksbegehren und Volksentscheid wird von jeder beteiligten Organisation selbstständig begehrt.

### Wahrt die Aufwertungsfristen!

Anmeldefrist für Altbesitzrechte bis 28. Februar.

Die Frist für die Anmeldung zum Umtausch der Reichsanleihen oder der vom Reich übernommenen Länderanleihen alten Besitzes und für die Anträge der Anleihebesitzer auf Gewährung der Altbesitzrechte läuft am 28. Februar d. Js. ab. Die Anträge und Anmeldungen sind bei Banken, Sparkassen und Genossenschaften einzureichen. Eine glatte Erledigung der Anmeldungen und Anträge ist nur möglich, wenn die Einreichung nicht auf die letzten Tage der Frist hinausgeschoben wird.

Nach Ablauf der Frist werden die nicht angemeldeten Anleihen alten Besitzes wertlos. Anleihebesitzer mit einem Einkommen bis zu 1500 Reichsmark, die Altbesitzanleihen von insgesamt weniger als 1000 Mark haben, erhalten eine Barabfindung.

Eine Frist für Anträge auf Barabfindung läuft noch nicht. Die näheren Vorschriften über die Stellung der Anträge auf Barabfindung werden erst in einigen Wochen erlassen.

### Innenminister gegen Innenminister.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 20. Januar.

Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung verliest Präsident Lobe unter großer Heiterkeit des Hauses ein Schreiben des Reichsministers des Innern, der die Genehmigung des Reichstags zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Dr. Kütz, den neuen Reichsinnenminister, erbittet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Stöcker (Komm.) eine sofortige Erklärung der neuen Regierung. Nach dreimonatlicher Regierungschweberei habe man endlich ein neues Kabinett. Das Kabinett müsse sofort Rede und Antwort stehen.

Präsident Löbe teilt unter Heiterkeit des Hauses mit, daß er noch keine Mitteilung vom Reichspräsidenten über die Bildung der neuen Regierung erhalten habe, daß der Reichstag also auch keine Erklärung dieser Regierung fordern könne.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und lehnt einige Anträge auf Einleitung von Strafverfahren gegen Abgeordnete ab.

Der Antrag des Ausschusses, die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Brubn wegen Pressebeleidigung zu erteilen, wird an den Ausschuss zurückverwiesen. Der Gesetzentwurf über Änderungen im patentamtlichen Verfahren wird endgültig verabschiedet. Dem Haushaltsausschuß überwiesen wird der Gesetzentwurf über die Verjüngung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz. Endgültig angenommen wird auch der Gesetzentwurf zur Änderung des Hypothekendarlehengesetzes.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über Abänderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung.

Die Vorlage wird nach unerheblicher Aussprache angenommen. Es folgt dann die

dritte Lesung des Reichshaushaltsplans für 1925. Dabei weist der Präsident darauf hin, daß dieser Etat für 1925, der schon zehn Monate lang beraten wurde, endlich verabschiedet werden müsse, weil schon der neue Etat für 1926 vorliege. Es sollen daher bei dieser dritten Lesung politische Debatten vermieden und die Redezeit eingeschränkt werden. — Das Haus ist damit einverstanden.

Der Etat für den Reichspräsidenten wird angenommen, ebenso ohne Aussprache der des Auswärtigen Amtes.

Es werden dann weiter die Haushalte des Reichsministeriums des Innern, für die besetzten Gebiete, des Reichswirtschaftsministeriums und des Verkehrsministeriums abgehandelt.

## Was man Deutschland zumutet.

Frederic Kent über den Dawesplan.

New York, 20. Januar. Frederic Kent, der Vizepräsident der Bankers Trust Company, sprach heute für den verhinderten Carter Gilbert vor der britischen Handelskammer in New York über den Dawesplan. Er führte dabei aus, daß die Ueberschüsse der deutschen Reichseinnahmen höher gewesen seien, als die Reparationsleistungen. Der Ueberschuß sei teilweise an Kommunen gegangen, und diese hätten ihn für Parkanlagen, Badeanstalten, Sportplätze und ähnliche „extravagante Einrichtungen“

ausgegeben. Derartige Ausgaben bedeuten eine Gefahr für den Dawesplan und müßten daher korrigiert werden. Kent kritisiert das deutsche Budget, das 500 Millionen Goldmark für soziale Zwecke zeige. Es wäre das ein Beweis dafür, welche Aufmerksamkeit die europäischen Länder auf die Entwicklung der sozialistischen Linie bewegen. Kent bemängelt ferner, daß für Kriegspensionen 476 Millionen ausgegeben worden seien und verweist in nicht mißzuverstehender Weise bei den Pensionen entlassener Eisenbahnbeamter. Er führt weiter aus, daß Deutschlands Handel, dessen Umfang sich dem Vorkriegsstand nähert, sehr zufriedenstellend sei. Da der Welthandel sich andauernd in aufsteigender Linie bewegt, werde sich das prozentuale Verhältnis der Totalreparation im Vergleich zum Welthandel dauernd verringern, was voraussetzen ließe, daß das Reparationsproblem viel leichter bewältigt werden könne, als man ursprünglich erhoffen konnte.

Wir haben erst in diesen Tagen zu den „Offenherzigkeiten“ des Mister Garrah Stellung genommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Herr Frederic Kent unterstreicht nur die Worte seines Landsmannes Garrah etwas deutlicher. Es paßt nicht für eine Tributkolonie der angeführten Hochfinanz, daß sie in ihren Großstädten für die Erhaltung der Bevölkerungsgesundheit irgendwelche sanitären, sozialen und kulturellen Einrichtungen trifft. Das Geld für solche „Extravaganzen“ gehört in den Tributkädel! Aus dem Lande des Sports, in dem die Sportplätze neben den Hochschulen und Schulen liegen, sind solche Worte von besonderer Bedeutung. Wir sagten ja schon den Sozialdemokraten, daß die deutsche Sozialpolitik im Schraubstock des Dawesplanes auf das in Amerika gewünschte Maß zusammengepreßt würde. Hier gibt Mister Kent die Bestätigung. Diese Offenherzigkeiten zeichnen sich aus durch die bekannte

## Die schöne Dore.

Roman von B. v. d. Landen.

45. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Das Leben ging im Alltagslaufe weiter. In der Ernte war der nachbarliche Verkehr weniger reger. Niemand schien ihn zu vernünftigen. Für Peter und Dore waren die gemeinsamen Spaziergänge in den Tagesplan aufgenommen, es waren die besten Stunden. — Der Sommer ging weiter, die Linden blühten, ihr süßer, beruhigender Odem schwebte in der Luft. Dore hatte ihn von Kindheit an geliebt. Nur stellte sie blühende Zweige in ihr Zimmer und saß oft in der Lindenallee und auf der einsamen Bank unten am Seeufer. Sie dachte gar nicht mehr an die Zukunft, die Gegenwart war so schön — und manchmal breitete sie die Arme aus und atmete tief, als wolle sie Herz und Seele mit Sonnenschein und Lindenduft füllen.

Eines Tages gegen Abend saß sie allein auf ihrem Lieblingsplätzchen an See, lauschte dem Rollen von Peters Wagen, der auf der Landstraße nach Stahnsdorf zu fuhr — morgen kam er wieder — jeden Tag, und auf jeden Tag freute sie sich. Da hörte sie hinter sich im Park leise Schritte, Flüster — nun traten sie seitwärts heraus, ohne sie unter den überhängenden Zweigen zu bemerken. Die schlauke, kräftige Gestalt eines Mannes, die kleinere eines Mädchens — sie schmiegen sich aneinander und küßten sich. Die zwei liebten sich, waren glücklich, langsam schritten sie weiter. — In Dores Herz sprang ein Gefühl auf von Wehsein und großer, heißer Traurigkeit, ein unbestimmtes Sehnsuchtsgefühl. — Wieviel würde das Leben ihr schuldig bleiben — an Herzens- und Frauenglück? Sie biß die Zähne aufeinander — ringsum träumte die laue Abendstille, bußte die Linden, so süß, so schwül. Wohl dachte sie an das Versprechen, das sie Peter vor einigen Wochen gegeben — aber gegen diese Traurigkeit

Brutalität in ihrer höchsten Potenz. Aber in einem künftigen mit der in Amerika gewohnten Dreistigkeit. Das tut er in seinem Gerede von der Blüte des deutschen Handels. Es ist die Blüte im amerikanischen Sinne, nämlich der Zerfall nicht nur des deutschen Handels, sondern der deutschen Gesamtwirtschaft. Der Tiger von Frankreich gebrauchte das Wort: „20 Millionen Deutsche sind zu viel auf der Welt“; die amerikanischen Bankiers machen dies Wort erst zur Wahrheit.

## Am der empfindlichen Stelle getroffen!

Eindruck der deutschen Boykottbewegung auf Italien.

Rom, 20. Januar. In einem offensichtlich inspirierten Leitartikel schreibt der „Messaggero“ scharf polemisch gegen die deutschen Pressestimmen in der Südtiroler Frage und die Aufrufe des Verbandes der vaterländischen Vereine, in der diese zum Boykott Italiens aufzufordern. Italien verfolge in Südtirol nur die Politik der Aufrechterhaltung der Staatshoheit und nicht eine Politik der Unterdrückung der deutschen Bevölkerung. Es sei zu hoffen, daß die Berliner Regierung sich in ihrer offiziellen Politik deutlich von der Pressekampagne und den Bestrebungen einzelner Gruppen unterscheiden werde, da letztere nur zur Entfremdung beider Völker führen können und als Gegenwirkung Italiens wenig erwünschte politische Überraschungen für Deutschland nach sich ziehen müßten.

Demgegenüber kann nur gesagt werden, daß der Boykott gegen Italien nicht scharf genug durchgeführt werden kann, bis in Rom die Vernunft wieder zu ihrem Recht gekommen ist.

## Deutsches Reich.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen nach einer Berliner Meldung der Baseler Nachrichten nur einen recht langsamen Verlauf. In der ersten Woche habe man noch nicht einmal die erste Lesung zu Ende führen können, bei der es sich um die Gegenüberstellung der beiderseitigen Wunschlisten handele. Die im März nach der Unterbrechung wieder aufgenommenen Verhandlungen sollen in Genf stattfinden.

Die Neuregelung der Ärztekammern in Preußen. Im Preussischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Ärztekammern und einem Ärztekammer-Ausschuß eingegangen. Die bisherigen Vorschriften sollen in einem Gesetz zusammengefaßt werden. Berlin wird künftig einen Ärztekammerbezirk haben. Die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen sollen zu einem gemeinsamen Ärztekammerbezirk zusammengeschlossen werden. Die jetzt bestehende Vereinigung der beiden schlesischen Provinzen zu einem Ärztekammerbezirk wird aufgehoben; jede dieser beiden Provinzen soll eine eigene Ärztekammer erhalten.

Erzellenz Litzmann, der bekannte Heerführer aus dem Weltkrieg, wird am 22. Januar 76 Jahre alt. Eine Feier im engsten Familientreise findet im Hotel Nordland, Berlin, statt.

## Ein weibliches Dienstjahr.

Das Problem des „weiblichen Dienstjahres“ beschäftigt die führenden Frauen seit Jahrzehnten. Die Forderung pflichtmäßiger hauswirtschaftlicher Berufsbildung wurde gestellt nicht nur von führenden Hausfrauen, sondern auch von solchen, die früher alle Kräfte nur für Erhaltung des Frauenstimmrechtes sammelten und einsetzten.

Die Hausfrauen, durch deren Hände über die Hälfte des Volkseinkommens geht, die die Verantwortung tragen für die Entwicklung und Erhaltung des kommenden Geschlechts, der heranwachsenden Jugend, die die Sorge der Körperpflege der Kleinen und Schwachen, der Alten und Kranken tragen, die zum großen Teil als die Erhalterinnen der Volkskraft im Familienheim angesehen werden müssen, wollen ihre Leistungen mit Recht höher bewertet wissen, wenigstens ideell, als es bisher geschah.

Alle Hauswirtschaft ist Erfahrungswissenschaft, aber sie soll nicht nur auf Familienüberlieferung, sondern auf schulmäßig erworbenen sach- und fachgemäßen Kenntnissen beruhen. Unermüdbliches Fordern und Fördern der pflichtmäßigen hauswirtschaftlichen Schulung aller deutschen Mädchen im Anschluß an das letzte Schuljahr, für die Volksschülerinnen mit 14 Jahren, für die Lysealschülerinnen mit 17 Jahren, ist Bürgerinnenrecht und -pflicht und bringt uns dem Ideal

konnte sie gar nicht an, sie legte seitwärts ihr Gesicht in die Arme auf der Banklehne und weinte heiß schluchzend. Die vergangenen Jahre zogen an ihrer Seele vorüber — sorglose Jugend und erste Kümmernisse, der Mutter Tod, die erste glanzvolle Zeit in Berlin, der tolle Liebesrausch ihrer Ehe, die Zeit bitterer Enttäuschung und dann das trostlose Abwärtsgleiten bis zu des Vaters Tode und darüber hinaus und dann — und dann? Und was würde noch kommen? Sie wußte es nicht, mochte es auch nicht wissen, nicht denken. Endlich raffte sie sich zusammen, ging ins Schloß. „Wenn Peter doch jetzt käme!“ dachte sie plötzlich. Sie hatte sich unbewußt daran gewöhnt, alles mit ihm zu besprechen, was sie innerlich beschäftigte. Es war nicht von selbst gekommen. Zuerst hatte er sie ganz zart und rücksichtsvoll nach diesem und jenem gefragt und dann — ja dann hatte sie ihm von selbst ihr Herz aufgetan. Auch von dem Irrtum ihres Herzens, den Enttäuschungen ihrer Ehe hatte sie ihm gesagt. Wenn er jetzt käme — ihr Schritt stockte, sie legte die Hände über ihr Gesicht, das war heiß und glühend geworden, nein, und wenn er käme, was sie jetzt bewegte und bis zu leidenschaftlichem Weinen erregt hatte, das hätte sie ihm nun und nimmermehr sagen können.

Sie schufte und ging, ganz gegen ihre Gewohnheit, schwerfällig und langsam weiter. — Die weite Fläche des Sees war in purpurrotem Sonnenrot getaucht, im Rohr quakten die Frösche. — Stiller Abendsriede der Natur. Es war Sonntag, abend, die Glocken läuteten den Sonntag ein, ihr Klang schwebte über dem Wasser — und in Dore schrie es:

„So schön ist die Welt, so schön, und für mich so einsam, so leer und ich bin noch so jung — —“

Zu der gleichen Zeit saß Peter Hollweck auf der Terrasse hinter dem alten Stahnsdorfer Herrenhause und rauchte eine Zigarre und seine Gedanken gingen in heißem Verlangen und heißer Liebe zu der Frau, die er sich gewinnen wollte, um die er gar zum zweiten Male mit all der Geduld und Treue

des weiblichen Dienstjahres als Lern- oder Lehrjahr immer näher.

Die restlose Erfüllung und Durchführung dieses Ideals in deutschen Landen liegt natürlich noch in der Zukunft und begegnet unendlichen Schwierigkeiten finanzieller Natur; von der Notwendigkeit und volkswirtschaftlichen Bedeutung der pflichtmäßigen Schulung sind nicht nur die Frauen, sondern zumeist auch die Männer an entscheidender Stelle überzeugt.

Bremen hat zuerst und durchaus vorbildlich die „hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule“ durchgeführt seit etwa 3 Jahren mit einem Kostenaufwand von Millionen, aber mit glänzendem Erfolge, der auch die Widerstrebenden restlos gewann. Im Freistaat Sachsen, und in Thüringen sind weitere Gemeinden gefolgt. Der Magistrat der Stadt Oldenburg will ab Oftern 1926 eine hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule nach Bremer Muster einrichten. Wo Notwendigkeit des Verdienstes vierzehnjähriger Mädchen vorlag, hat man mit Erfolg einen halben Tag Schulpflicht und einen halben Tag Haushilfsarbeit gegen Entgelt von 8 bis 15 Mark im Monat und Befähigung durchgeführt ohne Ueberbürdung der Mädchen. Wirtschaftliche Erleichterung für die Familien bedeutet auch, daß die gekochten Speisen für 10 und 20 Pfennig mit nach Hause genommen werden können. Die Halbtagschulung kommt auch für die Industriegebiete in Betracht, die behaupten, die Arbeitsleistungen der Vierzehnjährigen nicht ganz entbehren zu können. Neben allen hauswirtschaftlichen Fächern umfaßt der Unterricht auch Bürgerkunde, Deutsch, Gedächtnisprüfung u. a.

Das auf guten Kenntnissen beruhende Wort der Frau und Mutter im Rate der Männer ist wichtig auf allen Lebensgebieten: der Erziehung, der Sittlichkeit, der Hygiene, der sozialen Arbeit, der Wohlfahrt, der Wohnungsfragen, ist von höchster Bedeutung für die Harmonie, den Rhythmus des Lebens. Erkenntnis des Geschlechts in jeder Arbeit, der Auswirkung der Einzelleistung auf dem Standard des gesamten Volkes, eines aufbauenden, aufstrebenden Volkes, wie des deutschen, ist lebendig in der männlichen Jugend. Auch die Mädchen haben ein Recht daran, durch Fortbildungsmöglichkeiten auf den ihnen eigenen Gebieten Dienst zu tun an der Erhaltung der Familie, am Aufbau des Vaterlandes, sie werden freudig und stolz alle Pflichten eines weiblichen Dienstjahres auf sich nehmen.

## Vollleben und Wirtschaft.

10 Jahre deutsches Auslandsinstitut. Auf eine 10jährige Arbeit konnte unlängst das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart zurückblicken. Es hat sich in dieser Zeit zu einer achtunggebietenden Höhe emporgearbeitet und dem Deutschland auf dem ganzen Erdball die wertvollsten Dienste geleistet. So sind allein im vergangenen Jahre rund 26 000 Auskünfte erteilt worden, wobei dem Institut über 100 Vertrauensleute in aller Welt mit Rat und Tat an die Hand gingen. Die Auswandererberatung hatte gegen 5000, die Vermittlungsstelle über 13 000 Auskünfte erteilt. Das Material des Instituts hat sich im vergangenen Jahre ebenfalls bedeutend vermehrt: um 19 500 Bücher, 22 000 Karten und Zeitschriften, 23 000 Beiträge über die deutschen Vereine im Auslande usw. Leider hat der wirtschaftliche Niedergang im vergangenen Jahre auch dem Auslandsinstitut schwere Wunden geschlagen. Zahlreiche zugesagte Beiträge und Stiftungen sind ausgeblieben. Wohl hat der württembergische Staat die Lücke für ein Darlehen übernommen, aber das genügt nicht. Weitere Kreise müssen helfen, um durch die Zahl der Beiträge zu ersetzen, was an hohen Summen jetzt nicht eingehen kann.

## Kunst und Wissenschaft.

Dem Andenken Albert Lortzings. Am 21. Januar sind 75 Jahre verfloßen, seit der Schöpfer der Opern „Zar und Zimmermann“ und des „Wasserschmied“ in Berlin zur letzten Ruhe gebettet wurde. Lortzing war der Sohn eines Schauspielers und trat selbst neben seinen Eltern schon in Kinderrollen auf. Später war er als jugendlicher Liebhaber und Tenorbuffo an verschiedenen Theatern im Rheinland tätig und kam dann nach Detmold und schließlich als Kapellmeister an das Stadttheater in Leipzig. Körperliche Verhältnisse zwangen ihn später wieder als Schauspieler aufzutreten; er gab Gastrollen an kleinen Theatern, bis ihm die Kapellmeisterstelle übertragen wurde. So waren seine letzten Jahre nicht frei von Sorgen. Dankbar aber gedenkt die Nachwelt des genialen Mannes, der ihr durch seine Kunst so viel Schönes beschert.

seines großen, guten Herzens. Würde es ihm gelingen? Fast unerträglich schien ihm oft die Qual des Zweifels und drängte ihn zur Entscheidung, er überwand sich — einmal hatte er zu früh gesprochen — jetzt hatte er es gelernt zu warten. Aber es war schwer; er war ja noch jung und er fühlte seine Jugend und sein Blut rauschte ihm heiß und rasch durch die Adern. —

Die Zeit ging weiter; der Sommer rückte vor; der Wind ging über die Stoppeln, die Sonne der letzten Augusttage leuchtete in glühender Wärme. Die Rosen standen in zweiter Blüte, daneben entfalteten sich heiß und kalt die farbenreichen Königinen des Herbstes, die Dahlien, bescheidene Asters saßen freundlich zu den Menschen auf. Von den Lichtblumen lockten rosablaue Aepfel und die Pflaumen hüllten sich in ihr reiches Herbstmännchen. Hochsommerlage. Sie waren schön, aber Dore machten sie traurig und über dem kleinen Kreis, der sich abends um den Teich im Teich am Schloß zusammenfand, dachte sie an die Abreise, sie fand nicht den Mut, davon zu reden, sie schalt sich feige, aber ein mal mußte es doch sein, mußte sie wieder zum Wandersab gehen, wieder wandern. —

Und als sie eines Nachmittags mit der Baroneß in dem Arm im Park spazieren ging, sprach sie. Da lachte die Freundin hell auf, zog sie fester an sich:

„Unsin, Kindchen, davon reden wir noch lange nicht. Ich len Sie alles, was Sie meinen alten Schultern abgeben haben, ihnen wieder aufspaden? Wer ist die Dore, die ich ihm auf die Felder fahren, mit Peter spazieren lassen? nein, reden Sie nicht davon, das hat noch gute Tage vor sich. Ich sagte sie plötzlich denn ernst, treibt Sie's innerlich nicht? Sie die alte Sehnsucht hinaus, hinaus in die Welt, hinaus in die schöne Dore wieder wandern?“

(Schluß folgt.)



## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Betrifft: Schulanmeldung.

Für das Schuljahr 1926 hat die Anmeldung der 3- und 4-jährigen Grundschüler (innen) für die höheren und Mittelschulen bis spätestens 15. Februar d. Js. schriftlich bei den betreffenden Schulleitern zu erfolgen. Die zur Frauenschule übertretenden Schülerinnen sind ebenfalls bis zum 15. Februar 1926 anzumelden. In der Anmeldung muß Geburtsort und Tag, Wohnung, die bisher besuchte Schule und der Stand des Vaters angegeben werden. Gleichzeitig ist mitzuteilen, welche und wieviel Geschwister eine Hochschule, eine höhere Schule (hier oder auswärts) oder die hiesigen Mittelschulen besuchen.

Die Prüfungs- und Aufnahmetermine werden später bekanntgegeben.

Stolp, den 18. Januar 1926.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Wider Erwarten sind eine große Anzahl Grundstückseigentümer mit der Abgabe der Erklärungen über die Friedensmiete zur Hauszinssteuer, bezw. Gebäudeentlastungssteuerveranlagung rückständig geblieben. Da die Vorarbeiten für die Veranlagung dadurch in nicht unerheblichem Maße aufgehalten werden, werden die Säumigen erlucht, die noch fehlenden Erklärungen unverzüglich **spätestens bis Montag, den 25. d. Mts.** unserer Steuerverwaltung, Hospitalstraße 4 einzureichen, widrigenfalls unmissverständlich mit Strafen vorgegangen werden müßte.

Stolp, den 20. Januar 1926.

Der Magistrat.

### VIII. Nachtrag

zum Tarif zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Schlachthofes vom 7. Februar 1923 ist genehmigt und hängt vom 22. Januar bis 29. Januar 1926 im Rathause aus.

Stolp, den 15. Januar 1926.

Der Magistrat.

Ingenieur-Schule



**Technikum Strelitz i. Meckl.**

Hoch- u. Tiefbau, Beton- u. Eisenbau, Maschinenb., Elektrotechn., Heizung.  
Billiger Aufenthalt. Programm umsonst.

Fragen Sie Ihren Arzt  
ob ein regelmässiger Genuss von  
**Joghurt-Milch**

ratsam ist!

### Den besten Kaffee

ergibt die Mischung des Bohnen- und Getreidekaffees mit dem

**A**echten

**B**randt

Marke  
„Pfeil“

**C**offee-  
Zusatz

in den bekannten gelben A. B. C.-Rollen, 1 Pfd. 55 Pfg., Verehrte Hausfrau prüfen Sie ihn. Sie werden überrascht sein, wie gut der Kaffee mit A. B. C. schmeckt, und wie sehr dieser millionenfach bewährte Kaffeezusatz sparen hilft. — Zu haben in den Kaffee-Spezial- und Kolonialwaren-Geschäften.

Maschinen-  
Zylinder-  
Motoren-  
Zentrifugen-  
Auto-  
Leder-

Maschinen-  
Wagen-  
Leder-  
Huf-

**Die Treibriemen**

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.  
Fernspr. 192. Gegr. 1862.

**Oele**  
**Fette**

# Stolpetalbah

Kraftfahrline Stolp — Lupow — Großraitt.

Bis auf weiteres verkehrt außer den planmäßigen 2 Wagenpaaren am **Sonnabend** jeder Woche zwischen **Stolp** und **Lupow** ein drittes Wagenpaar nach nachstehendem Fahrplan.

Wg. 5		Wg. 6
130	ab Stolp Bahnhof	an 334
134	" " Kreishaus	ab 330
147	" " Reitz	" 317
155	" " Ludwigslust	" 309
159	" " Mahowitz	" 305
208	" " Denzin	" 256
213	" " Spitzkrug	" 251
218	" " Wendischkarstnik	" 246
224	" " Malzow	" 240
229	an Lupow	ab 235

Stolp, den 19. Januar 1926.

Die Bahverwalt.ung.



NUR MIT STICKSTOFF REICHE ERNTE

**Stickstoffdüngung** erhöht und sichert die Rente des Betriebes.

**Stickstoffdüngung** ist auch dann noch lohnend, wenn das Geld dafür geliehen und hoch verzinst werden muß.

**Stickstoffdüngung** bringt nach etwa 9 Monaten durch Mehrernten Kapital und Zinsen wieder ein, dazu noch einen Gewinn.

**Stickstoffdüngung** verbessert daher die Vermögenslage des Landwirtes.

**Stickstoffdüngung** ist um so notwendiger, je schlechter die Vermögenslage ist.

**Stickstoffdüngung** kommt nur dann zur vollen Auswirkung, wenn sie rechtzeitig gegeben wird.

**Daher sofortige Bestellung notwendig!**

Die neuen Kreditbedingungen ermöglichen weitgehende Kreditgewährung und Rückzahlung aus der kommenden Ernte.

Wesentliche

**Steuerersparnis**

bietet eine Police der

**„Neue Stuttgarter“**,

Lebensversicherungsbank A.-G.

Auskünfte durch: **Rudolf Weintze**, Präsidentenstrasse 36, Tel. 557.

**Reinhold Segler**, Fruchtstrasse 13, Tel. 430.

**Karl Gurgel**, Henkelstrasse 4, Tel. 809

**Friedrich Steinborn**, Henkelstrasse 4, Tel. 1057.

„Baldur“ Frischer Fruchtsaft

Mut, Gesundheit, Lebenskraft,

„Baldur Flüssiges Obst“

gefertigt aus frisch angetrockneten Früchten:

Trauben, Kirschen, Nespeln, Beeren etc.

Richard Dusch, Wasserstraße 6.

**Dr. Höpfners**

Chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik

Stolp i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitliche Röntgen-Anstalt  
Behandlung von Geschwülsten operativ  
oder durch Tiefenbestrahlung.

Werktägl. 9—11, 3—4.

## Stadt-Theater

Telephon 419.

Heute Donnerstag, d. 21. Jan.

abends 8 Uhr

Zum letzten Male

**Robert und Bertram**

Gesangsspielle von Raeder.

Freitag, den 22. Januar

abends 8 Uhr

**Erstaufführung!**

**Marietta**

Operette in 3 Akten

von Walter Kollo.

Sonntag nachmittags 3 Uhr

wegen der kolossalen Nachfrage nochmals Volkspopularstellung der Operette

**„Das Mädel vom Rhein“**

Eintrittspreise von 30 Pfg. bis 1 Mark.

## Zwangs-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 23. d. Mts. vorm. 10 Uhr werde ich in der Pfandkammer Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

verschiedene div. Möbel, eine Partie Strümpfe u. Tritotagen, mehrere Bücher, Bilder, Thermometer, Eßbesteck, div. Gläser, 1 Lichtrelampe Apparat, 3 Teppichvorleger, eine Partie Wäsche, 2 Sessel, 1 Schreibtisch, 1 Stehlampe mit Schirm, 1 Nähmaschine u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern

Stolp, d. 21. Januar 1926

Haseney,

Ober-Gerichtsvollzieher.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Arthur Pommerening in Stolp, Chauffeeerstraße 8, ist heute vorm. um 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter: Kaufmann Max Güter in Stolp, Bahnhofstraße. Anmeldefrist bis 15. Februar 1926. Erste Gläubigerversammlung § 133 KO am 23. Februar 1926 vormittags 10 Uhr, Prüfungstermin am 10. März 1926 vormittags 10 Uhr. An Gemeinsschuldner darf nicht mehr geleistet werden. Befreiung von zur Konkursmasse gehörigen Sachen und Ansprüchen auf abgeforderte Befreiung sind dem Konkursverwalter bis zum 15. Februar 1926 anzumelden.

Stolp, den 16. Jan. 1926

Amtsgericht

**Kaffee Hag**

hält auf Lager

**Franz Krüger**

Hospitalstr. 15  
am Friedrichplatz